

Aktuelle Stunde

"Bildungstreiks in Nordrhein-Westfalen - Landtag muss massive Proteste der Studenten und Schüler ernst nehmen und Lösungen für die Bildungskrise diskutieren"

**Rede des Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion
Sören Link MdL**

**anlässlich
der Plenarsitzung am 25. Juni 2009**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

50.000 junge Menschen gingen in der letzten Woche auf die Straße, um für bessere Lern- und Unterrichtsbedingungen auch in NRW zu demonstrieren.

50.000 Schüler, Auszubildende und Studenten, die ihrer Frustration Luft gemacht haben, die sich Tag für Tag in den Klassenräumen und Hörsälen aufgestaut hat.

50.000 Demonstranten, die in NRW offensichtlich mit ihren Sorgen und Beschwerden nicht von der Landesregierung ernst genommen werden.

50.000 junge Menschen - alleine in NRW!

Nachdem wir alle gesehen haben, welche riesengroße Bewegung auf die Beine gestellt worden ist, muss ich ganz persönlich sagen:

All denen, die dafür verantwortlich sind, zolle ich großen Respekt.

Da haben junge Menschen ehrenamtlich und ohne teure Agenturen eine riesen Sache auf die Beine gestellt und sich so bundesweit Gehör verschafft.

Das ist wirklich eine tolle Leistung.

Dies möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich anerkennen.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass junge Menschen ihr Grundrecht wahrnehmen und sich für ihre Belange einsetzen.

Ich kann nur alle ermuntern, das weiter zu tun.

Wenn sie sich für mehr

und für bessere Bildung einsetzen, dann tun sie das nicht nur im eigenen Interesse und zum eigenen Nutzen, sondern für die gesamte Gesellschaft.

Deswegen haben sie wirklich jeglichen Respekt, jegliche Würdigung und, wie ich denke, auch Dank verdient.

Die Demonstrationen sind fast überall ruhig und friedlich verlaufen.

Aber: Ich will an dieser Stelle auch ausdrücklich die Übergriffe und den Vandalismus, Randalen und Vandalismus kritisieren, die es vereinzelt gegeben hat.

Vorfälle wie in Dortmund, wo das Rathaus besetzt und wo randaliert wurde oder das Stören von Abiturprüfungen, wie ich es in Duisburg erleben musste, sind schlimm und ein Missbrauch des Rechts auf Demonstrationsfreiheit. Ohne wenn und aber!

Aber, meine Kolleginnen und Kollegen: Bei der Diskussion und der Beurteilung der Bildungsdemonstrationen darf man aber auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Wir dürfen gemeinsam nicht zulassen, dass solche Ausfälle einiger weniger nun dazu genutzt werden, das ernsthafte und wichtige Anliegen von über 200 000 friedlich Demonstrierenden zu diskreditieren.

Denn das wäre ein billiges Ablenkungsmanöver und nicht legitim.

Formell findet das Demonstrationsrecht von Schülerinnen und Schülern seine Grenzen in der Schulpflicht. Und möglicherweise droht einigen oder gar allen demonstrierenden Schülern nun eine Reihe von unentschuldigtem Fehlen auf ihren Zeugnissen.

Doch wer sich auf der einen Seite in Sonntagsreden über eine angeblich unkritische und unpolitische Jugend beklagt, dann aber mit Konsequenzen droht, wenn sich genau diese Jugendlichen für bessere Ausbildungsbedingungen, für ihre Zukunft engagieren, der handelt scheinheilig!

Setzen Sie sich doch lieber mal in der Sache mit den Anliegen der Auszubildenden, Schülern und Studenten auseinander, statt eine Debatte über die formelle Rechtmäßigkeit der Streiks vom Zaun zu brechen.

Denn die hier vorgetragenen Anliegen und Forderungen sind an vielen Punkten berechtigt und spiegeln die Realität an den Schulen und Universitäten wieder.

Wer Kritik am Turbo-Abitur, an Studiengebühren, an zu großen Klassen und massivem Unterrichtsausfall; wer Kritik an einem ungerechten und selektiven Schulsystem als Meinung einiger Weniger einfach abtun will, der nimmt das Empfinden in der Bevölkerung nicht ernst.

All das hört sich nicht nur an wie eine Generalabrechnung mit der schwarz-gelben Bildungspolitik der letzten Jahre - das ist auch eine!

Tausende junger Menschen werden tagtäglich mit einer Bildungskrise konfrontiert, die Sie zu verantworten haben.

Mit einer Bildungskrise, die die Perspektiven und Berufschancen dieser Jugend massiv gefährdet.

Ich erinnere Sie gern noch einmal:

Mehr als 4.000 Lehrkräfte fehlen an unseren Schulen. Das allein sind mehr als 4 Millionen Stunden Unterrichtsausfall!

Das sind die wahren unentschuldigten Fehlstunden!

Die sollten in Ihrem Zeugnis stehen! Und um die sollten Sie sich lieber kümmern, denn dafür sind Sie verantwortlich!

Allein in NRW gibt es über 9.000 Klassen mit 30 und mehr Schülerinnen und Schülern - insgesamt über 300.000 SuS. Wieder eines Ihrer Wahlversprechen, das Sie gebrochen haben.

Diese Ergebnisse Ihrer Politik müssen unsere Jugendlichen ausbaden, all das erleben sie tagtäglich an ihren Schulen - kein Wunder, dass sie für bessere Unterrichtsbedingungen demonstrieren.

Wer wie sie die bestehenden und sinnvollen Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen an Schulen abbaut, der darf sich nicht wundern, wenn die Jugendlichen für ihre Interessen auf die Straße gehen.

Wer Studiengebühren einführt und Studenten zu "Kunden" macht, der darf sich nicht wundern, wenn diese "Kunden" ihre Rechte einfordern und demonstrieren.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP:

Die Schüler- und Studenten-Demos sind die Quittung für Ihre falsche Bildungspolitik, eine Ohrfeige für die schwarz-gelben Ideologen.

Ich fordere Sie deshalb auf:

Ändern Sie Ihren falschen und unsozialen Kurs schnell und deutlich;
Geben Sie den jungen Menschen endlich Chancen und hören Sie auf, ihnen Wege zu verbauen.

Sonst drohen den Schülerinnen und Schülern in unserem Land noch viele unentschuldigte Fehlstunden - und das kann doch nun wirklich keiner von Ihnen wollen...